

Die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft vom 23. Februar 2020: SPD-Bürgermeister behauptet sich gegen Grünen-Herausforderin und setzt rot-grüne Koalition fort*

Patrick Horst

Nach einem intensiven Wahljahr 2019 mit Wahlen zum Europäischen Parlament und zu vier Landtagen stand 2020 allein die Hamburger Bürgerschaftswahl auf dem Kalender. Obwohl in der Hansestadt die Uhren bekanntlich anders gehen als im Bund¹, war der Wahl besondere Aufmerksamkeit in Berlin sicher, da sich in ihrem Umfeld bereits Bedingungen für die kommende Bundestagswahl abzeichneten: 2021 würde erstmals seit 1949 keine amtierende Bundeskanzlerin antreten, sofern *Angela Merkel* bei ihrer Zusicherung bliebe, nicht für eine fünfte Amtszeit zu kandidieren. Für die Hamburg-Wahl wurde dies durch die Turbulenzen der Regierungsbildung in Thüringen Anfang Februar virulent, wo der FDP-Abgeordnete *Thomas Kemmerich* mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt, anschließend aber von *Merkel* und FDP-Parteichef *Christian Lindner*, der sich heftiger innerparteilicher Kritik ausgesetzt sah, wieder zum Rücktritt gedrängt worden war. Der CDU-Vorsitzenden *Annegret Kramp-Karrenbauer* war es zuvor nicht gelungen, die Thüringer CDU von diesem Tabubruch abzuhalten; sie kündigte daraufhin ihren Rücktritt an. Das Rennen um den Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur war damit wieder offen: Am 18. Februar, fünf Tage vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg, erklärte der Bundestagsabgeordnete *Norbert Röttgen* seine Kandidatur für den Parteivorsitz. Ministerpräsident *Armin Laschet* und der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende *Friedrich Merz*, beide wie auch *Röttgen* aus Nordrhein-Westfalen, warteten die Hamburg-Wahl noch ab, bevor sie am 25. Februar ebenfalls ihre Bewerbung ankündigten.

Während die Situation der Union im Bund hochgradig volatil war, befand sich die SPD in der schwersten Krise ihrer Existenz. Nach der Niederlage ihrer Partei bei der Europawahl hatte die erst ein Jahr amtierende Vorsitzende *Andrea Nahles* alle politischen Ämter niedergelegt. In einem langwierigen innerparteilichen Mitgliederentscheid wählte die SPD sich daraufhin eine neue Parteispitze: Hier setzten sich im Dezember 2019 die bundespolitisch zuvor kaum in Erscheinung getretenen *Saskia Eskens*, MdB aus Baden-Württemberg, und *Norbert Walter-Borjans* (Finanzminister Nordrhein-Westfalens 2010 bis 2017), die dem linken Parteiflügel zuzurechnen waren, gegen Vizekanzler *Olaf Scholz* und seine Co-Bewerberin *Klara Geywitz* durch. Die Grünen, die mit der Europawahl zur zweiten Kraft im zunehmend fragmentierten und polarisierten Parteiensystem aufgestiegen waren², diskutierten

* Eine Langfassung des Manuskripts, das auch die Plakatwahlkämpfe der Parteien und die Effekte des Hamburger Wahlrechts auf das Wahlergebnis eingehender analysiert, steht auf der persönlichen Webseite des Verfassers zur Verfügung: https://patrickhorst.de/wp-content/uploads/2020/06/Hamburgwahl_2020.pdf

- 1 Vgl. *Patrick Horst*, Das Parteiensystem Hamburgs, in: *Uwe Jun / Melanie Haas / Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 217 – 246.
- 2 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Von der „nationalen Nebenwahl“ zur „europäisierten Wahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 26. Mai 2019, in: *ZParl*, 50. Jg. (2019), H. 4, S. 691 – 714; *ders.*, Die Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Zur Bedeutung kurzfristiger Faktoren im Jahrzehnt des europäischen Wandels, in: *ZParl*, 49. Jg. (2018), H. 2, S. 286 – 303.

zur selben Zeit die Frage, ob sie mit einem Kanzlerkandidaten in die Bundestagswahl ziehen sollten. Vier Tage vor der Wahl erschütterte dann ein rechtsterroristischer Anschlag in Hanau, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund ermordet wurden, die Republik, die sich seit der Flüchtlingskrise 2015 politisch pluralisiert hatte und in der die AfD mittlerweile in allen Parlamenten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene vertreten war.

1. Die Ausgangslage

In Hamburg regierte derweil die SPD im neunten Jahr. Der frühere Bürgermeister *Olaf Scholz*, der seine Partei 2011 nach dem Bruch der schwarz-grünen Koalition zur absoluten Mehrheit zurückgeführt hatte³, hatte die Richtung vorgegeben: Ordentlich, solide und „gut“ wollten die Sozialdemokraten die Hansestadt regieren.⁴ Nach Auffassung der Hamburgerinnen und Hamburger hatte *Scholz* Kurs gehalten, auch wenn sie ihm bei der Bürgerschaftswahl 2015 die Grünen als Koalitionspartner an die Seite gestellt hatten. Mit einem Wahlergebnis von 45,6 Prozent für die SPD und persönlichen Zustimmungswerten von 76 Prozent war dies jedoch kein Misstrauensvotum. Die Wähler blieben mit der Politik ihres Senats zufrieden – auch nachdem *Scholz* im März 2018 Vizekanzler der Großen Koalition geworden und Finanzsenator *Peter Tschentscher* ins Bürgermeisteramt aufgerückt war. Das Scheitern der Olympiabewerbung zu Beginn der rot-grünen Koalition machten die Hamburger ihrer Regierung nicht zum Vorwurf. Schließlich waren sie in einem Bürgerschaftsreferendum gefragt worden und hatten sich mit ihrem „Nein“ gegen die übermächtig scheinende Koalition aus SPD, Grünen, CDU, FDP und Handelskammer durchgesetzt.⁵ Den missglückten G-20-Gipfel vom Juli 2017, der nach exzessiven gewalttätigen Ausschreitungen fast zum Sturz von Bürgermeister *Scholz* geführt hatte, verziehen die Wähler dem Senat auch deshalb, weil er dem neuen Bürgermeister *Tschentscher* nicht persönlich angelastet werden konnte.⁶

SPD und Grüne profitierten ferner von dem Wirtschaftsboom, der die Hansestadt nach Überwindung der Finanzkrise erfasst hatte. Das Versprechen, gut regieren zu wollen, ließ sich leichter in einem Umfeld wirtschaftlicher Prosperität als in Zeiten der Knappheit umsetzen. Seit dem Amtsantritt der SPD im Jahre 2011 war die Einwohnerzahl Hamburgs wie auch die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse um gut 100.000 Personen gewachsen – in Hamburg lebten wieder wie zu Beginn der 1960er Jahre

3 Vgl. *Patrick Horst*, Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 20. Februar 2011: Ehemalige „Hamburg-Partei“ erobert absolute Mehrheit zurück, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 724 – 744.

4 Vgl. *ders.*, Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 15. Februar 2015: Rot-Grün für Olympia und für die Referendumsfestigkeit der hanseatischen Feierabenddemokratie, in: ZParl, 46. Jg. (2015), H. 3, S. 518 – 538.

5 Vgl. *Michael Neumann*, Hamburg 2024 – Das gab es nur einmal!, in: *Astrid Lorenz / Christian Pieter Hoffmann / Uwe Hiischfeld* (Hrsg.), Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen, Möglichkeiten, Wiesbaden 2020, S. 25 – 41.

6 Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, Die glücklichsten Jahre des Politikers Olaf Scholz, in: Hamburger Abendblatt vom 31. Dezember 2019, S. 12.

über 1,8 Millionen Menschen.⁷ Im selben Zeitraum wuchsen die Steuereinnahmen der Stadt um gut 60 Prozent auf 16,2 Milliarden Euro im Jahre 2019.⁸ Das versetzte den Senat nicht nur in die Lage, die seit 2015 steigenden Kosten für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu bewältigen, sondern auch seine Wahlversprechen zu halten: Der öffentliche Personennahverkehr beförderte 2016 hundert Millionen Fahrgäste mehr als noch 2010, nämlich 770,5 Millionen. Für seine Kitas gab Hamburg 2017 822 Millionen Euro aus, mehr als doppelt so viel wie noch 2010. In der Schulpolitik passte Hamburg die Zahl der Lehrer automatisch an die steigende Zahl der Schüler an und baute das Ganztagsangebot der Grundschulen flächendeckend aus. Den Bau von Sozialwohnungen steigerte die Stadt auf etwa 3.000 im Jahr.⁹

Die positive Ausgangslage für den rot-grünen Senat spiegelte sich in einer Meinungsumfrage vom Februar 2019 wider. 85 Prozent der Hamburger schätzten die wirtschaftliche Situation der Stadt positiv ein – ein ähnlich hoher Rekordwert wie im Januar 2015 (87 Prozent). Eine Mehrheit von 54 Prozent zeigte sich auch mit der Arbeit des Senats zufrieden. Wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen spielten demzufolge keine herausragende Rolle; am stärksten beschäftigten die Hamburger verkehrs- (38 Prozent), wohnungsmarkt- (32 Prozent) und bildungspolitische Fragen (26 Prozent). In der Kompetenzzumessung lag die SPD auf nahezu allen Politikfeldern vorn. Nur in der Verkehrspolitik konnten die Grünen gleichziehen, in der Umweltpolitik wurde ihnen wie bei der Inneren Sicherheit der CDU die höchste Kompetenz zugeschrieben.¹⁰

Am 26. Mai 2019 verschoben sich die Kräfte im Hamburger Parteiensystem deutlich – vor allem zwischen SPD und Grünen. In der Europawahl waren die Grünen mit 31,1 Prozent der Stimmen vor SPD (19,8 Prozent) und CDU (17,7 Prozent) zur stärksten Partei in der Stadt geworden. Für die Hamburger Landespolitik noch bedeutsamer waren die gleichzeitig stattfindenden Bezirksversammlungswahlen, in denen die Grünen landesweit 31,3 Prozent der Stimmen und 111 von 357 Mandaten erzielten. In vier der sieben Hamburger Bezirke waren sie zudem stärkste Partei geworden.¹¹ Diese Erfolge in praktische Kommunalpolitik umzusetzen war jedoch nicht immer leicht. Nur in Altona, wo die Grünen mit wechselnden Mehrheiten regierten, und in Hamburg-Nord, wo sie mit der SPD koalitierten, gelang der Partei die Wahl grüner Bezirksamtsleiter.¹² In Hamburg-Mitte wechselten sechs Bezirksabgeordnete der Grünen zur SPD und ermöglichten es einer Koalition aus SPD, CDU und FDP, Bezirksamtsleiter *Falko Droßmann* (SPD) im Amt zu halten.¹³ In Eimsbüttel scheiterte eine Koalition der Grünen und der CDU gleich zweimal damit,

7 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Finanzbericht 2019/2020, Hamburg, Juli 2020, S. 3.

8 Vgl. *Oliver Hollenstein*, Coronavirus in Hamburg: Das Ende der goldenen Jahre, in: *Die Zeit* Hamburg vom 26. Mai 2020.

9 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, a.a.O. (Fn. 7), S. 3 – 4.

10 Infratest dimap, LänderTREND Hamburg Februar 2019 im Auftrag des NDR.

11 Vgl. Statistisches Amt für Schleswig-Holstein und Hamburg, Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2019 im Vergleich zur Europawahl 2014 in Hamburg, Hamburg, 7. Juni 2019; dasselbe, Analyse der Wahlen zu den Bezirksversammlungen in Hamburg am 26. Mai 2019 – Endgültige Ergebnisse. Teil 1: Bezirksergebnisse, Mandatsverteilung, Aggregiertes Ergebnis für Hamburg, Hamburg, 13. Juni 2019.

12 Vgl. *Andreas Dey* / *Peter Ulrich Meyer*, Hamburgs erste grüne Bezirksamtsleiterin, in: *Hamburger Abendblatt* vom 27. September 2019, S. 11.

13 Vgl. *Frank Drieschner*, Im Zweifel gegen die Angeklagten, in: *Die Zeit* vom 25. Juli 2019; *ders.*, Grüne in Hamburg-Mitte kommen Parteiausschluss zuvor, in: *Die Zeit* vom 1. Oktober 2019.

SPD-Bezirksamtsleiter *Kay Gätgens* durch eine Politikerin der Grünen zu ersetzen.¹⁴ Dies war kein gutes Omen für eine schwarz-grüne Koalition auf Landesebene, zumal sich hier einige Abgeordnete der CDU dem liberalen Kurs ihres Bürgermeisterkandidaten widersetzen.

Ende Dezember 2019, kurz bevor der Wahlkampf in seine entscheidende Phase eintrat, zeichnete sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Koalitionspartnern ab. In der Sonntagsfrage hatten die Grünen mit 26 Prozent fast zur SPD aufgeschlossen, die auf 28 Prozent kam. Während das Regierungslager 54 Prozent der Hamburger hinter sich wusste, kamen die vier Oppositionsparteien CDU (17), Linke (11), AfD (7) und FDP (6) zusammen auf nur 41 Prozent. Die Voraussetzungen für einen personalisierten Bürgermeisterwahlkampf waren gegeben; schwer würde es jedoch für die Opposition werden, sich in diesem Zweikampf zur Geltung zu bringen. Bei den persönlichen Popularitätswerten hatte der Erste Bürgermeister Ende Dezember die Nase vorn: 56 Prozent waren mit *Tschentschers* Arbeit zufrieden, 39 Prozent mit der seiner Stellvertreterin. CDU-Spitzenkandidat *Marcus Weinberg* lag mit Zufriedenheitswerten von 22 Prozent noch hinter der Linken-Fraktionschefin *Cansu Özdemir*, deren Arbeit 35 Prozent positiv bewerteten.¹⁵

2. Der Wahlkampf

Nach den Sommerferien 2019 nahmen die Planungen der Parteien für ihre Bürgerschaftswahlkampagnen an Fahrt auf. Mit der Auswahl ihrer Werbeagenturen wollten SPD, Grüne und CDU Siegeszuversicht projizieren. Die SPD ging mit *Frank Stauss*, der schon für *Gerhard Schröder* (2005), *Olaf Scholz* (2011) und *Malu Dreyer* (2016) Wahlkampf gemacht hatte, ins Rennen. *Stauss* konzipierte für Spitzenkandidat *Peter Tschentscher* das Image eines Bürgermeisters, der die gesamte Stadt im Blick habe. Er stehe für „Vertrauenswürdigkeit, Intelligenz und Neugierde“, sei „überlegt und beherrscht“. Außerdem stellte *Stauss* die Wirtschaftskompetenz der Hamburger SPD, die sie von der Bundes-SPD abhebe, ins Zentrum seiner Kampagne.¹⁶

Für die Grünen arbeitete *Matthias Riegel* von der PR-Agentur Wigwam, der bereits für Baden-Württembergs Ministerpräsident *Winfried Kretschmann* Wahlkampf gemacht hatte, am Image der zweiten Bürgermeisterin *Katharina Fegebank*. Seine Idee war, der Grünen das Ansehen einer stets freundlichen, herzlichen und verbindlichen „Landesmutter“ zu geben, die als Mutter zweier Töchter auch in konservativ-bürgerlichen Kreisen Sympathie genieße. *Fegebank* pflege zudem „einen Politikstil, bei dem es kein ‚von oben herab‘ gibt, sondern viel Wert auf Dialog und das Gemeinsame gelegt wird“. Die grüne Bürgermeisterkandidatin stehe „für Leidenschaft und Lust auf Zukunft“. Das Motto der Kampagne sei „Bock auf besser“. Laut *Riegel* gehe es „um Zuversicht und Mut, die Stadt besser zu machen“¹⁷.

14 Vgl. *Andreas Dey*, Grünen-Debakel und die Folgen für Hamburg, in: Hamburger Abendblatt vom 21. Dezember 2019, S. 12.

15 Infratest dimap, LänderTREND Hamburg Dezember 2019 im Auftrag des NDR.

16 Zitiert bei *Jens Meyer-Wellmann*, Von Schröder, Günther und Kretschmann lernen, in: Hamburger Abendblatt vom 31. August 2019, S. 12.

17 Zitiert ebenda.

Kerstin Flemming von der Agentur Guru hatte 2017 für *Daniel Günther* (CDU) die Kampagne entworfen, die ihn ins Ministerpräsidentenamt von Schleswig-Holstein führte. In Hamburg übernahm sie eine deutlich schwierigere Aufgabe, war doch die CDU lange daran gescheitert, überhaupt einen Bürgermeisterkandidaten zu finden. Landeschef *Roland Heintze* und Fraktionsvorsitzender *André Trepoll*, die beide selbst auf die Kandidatur verzichtet hatten, mussten im Oktober 2018 erst den krankheitsbedingten Rückzug von *Aygül Özkan*, der ehemaligen Sozial- und Integrationsministerin Niedersachsens, verkraften und fanden dann lange keinen auswärtigen Kandidaten. Im April 2019 erklärte sich schließlich *Marcus Weinberg*, der bereits von 2011 bis 2015 die Landes-CDU geführt und dabei die „liberale Großstadtpartei“ propagiert hatte, zur Kandidatur bereit.¹⁸ Mit dem Bundestagsabgeordneten, der einer Zusammenarbeit mit den Grünen offen gegenüberstand, wollte Guru „das Herz des urbanen Milieus erreichen“. *Weinberg* sollte als Familienvater, Vespa-Fahrer und St.-Pauli-Fan einerseits nahbar, andererseits aber auch als „Visionär“ erscheinen.¹⁹

In den letzten vier Monaten des Jahres 2019 beschäftigten sich die Parteien mit ihren Wahlprogrammen und Kandidatenlisten für die Bürgerschaftswahl. Den Anfang machte die CDU, deren Landesvorstand Ende August seinen Personalvorschlag präsentierte. Nach Spitzenkandidat *Weinberg* kandidierte mit *Antje Möller*, der Vorsitzenden der Hamburger Elternkammer, eine Quereinsteigerin auf dem zweiten Platz der Landesliste. Der CDU-Landesvorsitzende *Heintze* warb mit dem Slogan „jünger, weiblicher, frischer“ für die Liste, die vier Frauen unter den ersten zehn und zehn Frauen unter den ersten 20 Kandidaten vorsah. Dies war jedoch ein wenig Augenwischerei, denn die Besonderheiten des Hamburger Wahlrechts haben zur Folge, dass bei einer Partei in der Größenordnung der Hamburger CDU die Landesliste kaum zum Zuge kommt. In den 17 Wahlkreisen aber hatte die CDU auch 2020 nur drei Spitzenkandidatinnen nominiert.²⁰

Das Wahlprogramm der CDU unter dem Titel „Unser Hamburg: Wir wachsen zusammen“ war wenig markant; es postulierte „Freiheit statt Bevormundung – Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft stärken!“²¹ Priorität im Programm genossen die Kernkompetenzen der CDU: Wirtschaft und Innere Sicherheit.²² Mit diesen Themen drang die CDU jedoch kaum durch, weil die Bilanz des Senats auf beiden Feldern kaum Angriffsflächen bot. Es waren auch nicht die Themen, die den Sozial- und Familienpolitiker *Weinberg* umtrieben. Das CDU-Programm strich deshalb auch solche Materien heraus, die eher in die Kompetenz der politischen Konkurrenten fielen. Wie SPD und Grüne setzte man auf die „Mobilitätswende“, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und das Fahrrad. Die vom Senat geplanten neuen Schnellbahnlinien U 5 und S 4 trug die CDU mit, der Umstieg auf Busse und Bahnen sollte durch ein preiswertes 365-Euro-Jahresticket für den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) erleichtert werden. Die bei den Grünen nach

18 Vgl. *Frank Drieschner*, Marcus Weinberg: Der Mittelfeldspieler, in: Die Zeit vom 22. April 2019.

19 Zitiert bei *Jens-Meyer-Wellmann*, a.a.O. (Fn. 16).

20 Vgl. *Andreas Dey*, CDU überrascht bei Listenaufstellung, in: Hamburger Abendblatt vom 26. August 2020, S. 9.

21 CDU Hamburg, Unser Hamburg: Wir wachsen zusammen. #ZUSAMMENWACHSEN-DESTADT, Hamburg, Oktober 2019, S. 7.

22 Vgl. „CDU setzt auf Wirtschaft und Innere Sicherheit“, in: Hamburger Abendblatt vom 30. Oktober 2019, S. 12.

wie vor populäre Idee einer Stadtbahn sollte zumindest in einer reduzierten Variante für den Hamburger Westen ergebnisoffen geprüft werden. Wie SPD und Grüne warb die CDU auch für die Energiewende, die Steigerung des Wohnungsbaus und Hamburgs Rolle als Wissenschaftsmetropole. Insgesamt, so der Wahlauftritt am Ende des Programms, ziele man auf „die Menschen, die den Laden am Laufen halten“, sie „sollen entlastet und gefördert werden“²³.

Die Grünen verabschiedeten Ende September ihr „Zukunftsprogramm“, das Klimaschutz und Verkehrswende in den Mittelpunkt rückte.²⁴ Bis spätestens 2035 wollten sie Hamburg klimaneutral machen, wobei die „Verkehrswende“ im Mittelpunkt stand. Dazu gehörten die Ausweitung des kostenpflichtigen Parkens und des Bewohnerparkens, die „auto-arme Innenstadt“, die Priorisierung eines preiswerten ÖPNVs, der Ausbau von Fahrradstraßen und geschützten Fahrradstreifen, die Fortführung des Schnellbahnausbaus und die Stadtbahn als Vision für die Zukunft. Darüber hinaus propagierten die Grünen ein Wohnungsbauprogramm. In der Wissenschaftspolitik konnten sie darauf verweisen, die Universität unter Wissenschaftssenatorin *Fegebank*, die kurz vor der Wahl vom Deutschen Hochschulverband zur „Wissenschaftsministerin des Jahres“ gewählt wurde, zur Exzellenzuniversität gemacht zu haben.²⁵ In der Innen- und Rechtspolitik zeigten die Grünen Mut zu unpopulären Forderungen: Entkriminalisierung des Cannabisbesitzes, des Schwarzfahrens und der Vermummung bei Demonstrationen. Das Wahlalter wollten sie auf 14 Jahre absenken.²⁶

Ihre Listen stellten die Grünen am 9. November auf einer Mitgliederversammlung auf. Anders als früher gab es diesmal auf den ersten sechs Plätzen der Landesliste keine Kampfkandidaturen. Spitzenkandidatin *Katharina Fegebank* erhielt 97 Prozent der Stimmen, es folgten im bewährten Wechsel der Geschlechter der Fraktionsvorsitzende *Anjes Tjarks*, die Parteivorsitzende *Anna Gallina*, Umweltsenator *Jens Kerstan*, Sozial- und Frauenpolitikerin *Mareike Engels* und Justizsenator *Till Steffen*.²⁷ Das Spitzenpersonal der Grünen hatte sich darüber hinaus durch Doppelkandidaturen auf der Landesliste und in den Wahlkreisen gegen Überraschungen beim schwer berechenbaren Hamburger Wahlrecht abgesichert.²⁸

Die SPD kürte Bürgermeister *Peter Tschentscher* am 2. November zum Spitzenkandidaten. Auf den Plätzen zwei bis fünf folgten Bürgerschaftspräsidentin *Carola Veit*, Fraktionschef *Dirk Kienscherf*, Parteichefin *Melanie Leonhard* und der Eimsbütteler Kreisvorsitzende *Milan Pein*. In seiner Nominierungsrede zog *Tschentscher* zufriedene Bilanz der neunjährigen SPD-Regierungszeit. Zu den besonderen Erfolgen zählte er das Wohnungsbauprogramm, den kostenfreien Kita-Besuch, das flächendeckende Ganztagsangebot in der Grundschule, die Neueinstellungen von Lehrern und den Ausbau des ÖPNVs. Mit Stolz verwies er auf

23 CDU Hamburg, a.a.O. (Fn. 21), S. 81.

24 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen Hamburg, Hamburg hat eine Wahl. Grünes Zukunftsprogramm für unsere Stadt, Hamburg, September 2020.

25 „Hochschulverband zeichnet Katharina Fegebank aus“, in: Hamburger Abendblatt vom 11. Februar 2020, S. 12.

26 Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Wie die Grünen Hamburg umgestalten wollen, in: Hamburger Abendblatt vom 25. September 2019, S. 17.

27 Vgl. *ders.*, Hamburg soll ein „Labor zur Welt“ werden, in: Hamburger Abendblatt vom 11. November 2019, S. 10.

28 Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, Neue Harmonie unter Männern an der Grünen-Spitze, in: Hamburger Abendblatt vom 30. Oktober 2019, S. 12.

die Rekordzahl von einer Million sozialversicherungspflichtig beschäftigten Menschen und auf die niedrigste Kriminalitätsrate seit 30 Jahren.²⁹

Ihr vollständig ausformuliertes „Regierungsprogramm“³⁰ für die kommenden fünf Jahre legten die Sozialdemokraten vier Wochen später vor. In der Verkehrspolitik setzte sie neben dem „Hamburg-Takt“ im ÖPNV und dem kostenlosen HVV-Schülerticket auf den Bau der S 4 und der U 5, die Hafenerspannung (A 26-Ost) zur Verbindung von A 1 und A 7 sowie eine Untertunnelung der Köhlbrandquerung. Einen Schwerpunkt nahm das „bezahlbare Wohnen“ ein. Hier versprach die SPD, künftig den Neubau von jährlich 4.000 Wohnungen zu fördern und eine 30-jährige Mietpreisbindung für diese Wohnungen vorzusehen. Dem Klimawandel sollte durch Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien begegnet werden. Hafen und Flughafen, zu denen sich die wirtschaftsfreundliche Hamburger SPD bekannte, sollten ihren Teil dazu beitragen, Hamburg bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen. In der Bildungspolitik strebte die SPD den Bau 40 neuer Schulen mit 5.000 Kita-Plätzen an.³¹

Noch schwerer als die CDU hatten es die drei anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien FDP, AfD und Linke, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erringen. Die FDP wählte ihre Fraktionsvorsitzende *Anna von Treuenfels-Frowein* zur Spitzenkandidatin und legte ihre Schwerpunkte im Wahlkampf auf digitale Bildung in der frühen Kindheit, Klimaschutz durch technischen Fortschritt und einen „Wohnkosten-TÜV“.³² Die AfD trat mit ihrem Landes- und Fraktionsvorsitzenden *Dirk Nockemann* als Spitzenkandidat an. Sie wollte die Polizei stärken und setzte sich gegen die „Umwelthysterie“ zur Wehr, wie sie ihrer Meinung nach in den regelmäßigen „Fridays-for-Future“-Demonstrationen zum Ausdruck kam.³³ Bei der Linken gab es auch auf den ersten Plätzen der Landesliste Kampfkandidaturen: Fraktionschefin *Cansu Özdemir* wurde zur Spitzenkandidatin gewählt; es folgten *David Stoop*, Sprecher des Landesverbands, und *Sabine Boeddinghaus*, die Co-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft. Die Linke trat für eine „radikale sozial-ökologische Wende“, einen kostenlosen ÖPNV und einen „Mietendeckel“ nach Berliner Vorbild ein.³⁴

Der Wahlkampf bis Ende des Jahres wurde von den grünen Themen Klima- und Verkehrspolitik geprägt. Die Parteien reagierten auf Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft wie die wöchentlichen „Fridays-for-Future“-Demonstrationen, eine Volksinitiative zur Förderung des Radverkehrs³⁵ oder bezirkliche Verkehrsprojekte, die das „autofreie Ottensen“

29 Vgl. *ders.*, SPD feiert Kandidat Tschentscher, in: Hamburger Abendblatt vom 4. November 2019, S. 10.

30 SPD Hamburg, Zukunftsstadt Hamburg. Lebenswert, wirtschaftsstarke und klimafreundlich für alle. SPD-Regierungsprogramm 2020 – 2025, Hamburg, November 2019.

31 Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, SPD jubelt Tschentscher und sich selbst, in: Hamburger Abendblatt vom 2. Dezember 2019, S. 9; *Peter Ulrich Meyer*, „Wir haben bewiesen, dass wir es können!“, in: Hamburger Abendblatt vom 27. November 2019, S. 12.

32 Vgl. „Hamburger FDP legt Schwerpunkte für Wahlkampf fest“, in: Hamburger Abendblatt vom 2. September 2019, S. 12.

33 Vgl. „AfD-Kehrtwende: Nockemann setzt sich gegen Wolf durch“, in: Hamburger Abendblatt vom 30. September 2019, S. 12.

34 Vgl. *Andreas Dey*, Linke macht sich das Leben schwer, in: Hamburger Abendblatt vom 21. Oktober 2019, S. 10.

35 Vgl. die Presseberichterstattung auf der Webseite der Volksinitiative „Radentscheid Hamburg“, <https://radentscheid-hamburg.de/presse/> (Abruf am 9. Juli 2020).

erproben.³⁶ Die Grünen legten bereits im August 2019 ihren Plan für die „weitestgehend autofreie“ oder „autoarme“ Innenstadt vor. Der parteipolitisch nicht mehr aktive Altbürgermeister *Ole von Beust* (CDU) ärgerte viele in seiner Partei damit, dass er diese Pläne öffentlich unterstützte.³⁷ Er und Spitzenkandidat *Weinberg* schienen die einzigen CDU-Politiker zu sein, die in der Verkehrspolitik an die Grünen anschlussfähig waren. Ansonsten machten die Christdemokraten vor allem damit von sich reden, dass sie die vielen Baustellen, Staus und die steigende Zahl der Unfälle auf den neuen Fahrradstraßen kritisierten.³⁸

SPD, Grüne und die interessierten Verbände zeigten sich wenig beeindruckt von dieser Kritik und dominierten die Öffentlichkeit in den letzten drei Monaten vor Weihnachten mit ihrer Diskussion um den Klimaplan des Senats. Dabei handelte es sich um die Zusammenstellung von mehr als 400 Einzelmaßnahmen, mit denen Hamburg bis zum Jahre 2030 seinen Kohlendioxidausstoß gegenüber 1990 um 55 Prozent reduzieren und bis 2050 klimaneutral werden wollte. Bürgermeister *Tschentscher* und Umweltsenator *Kerstan* stritten darüber, wer die treibende Kraft hinter dem Klimaplan gewesen sei.³⁹ Anfang Dezember einigte sich der rot-grüne Senat auf den Entwurf eines Klimaschutzgesetzes⁴⁰, das von der Bürgerschaft auf ihrer letzten Sitzung vor der Wahl verabschiedet wurde. Mit Unterstützung der CDU und der Linken wurde die Begrenzung der Erderwärmung als Staatsziel in die Hamburgische Verfassung aufgenommen.⁴¹

Mit Beginn des neuen Jahres trat der Wahlkampf in seine heiße Phase ein. Am meisten Beachtung in diesen letzten sieben Wochen vor der Wahl fanden die diversen Streitgespräche zwischen Bürgermeister *Tschentscher* und seiner Herausforderin *Fegebank*. Vier solcher „Duelle“ gab es, die im Fernsehen ausgestrahlt oder im Internet verbreitet wurden. Den Anfang machte die Wochenzeitung *Die Zeit* am 19. Januar mit einem sachlich geführten 90-minütigen Gespräch, das kaum inhaltliche Unterschiede zwischen den beiden Kontrahenten herausarbeitete.⁴² Es folgte am 6. Februar ein vom Hamburger Abendblatt veranstaltetes, ebenfalls 90 Minuten dauerndes Duell, das durch die Ereignisse in Thüringen überschattet wurde. Beide Spitzenkandidaten zeigten sich schockiert von der Wahl *Kemmerichs*

36 Vgl. „Ottensen autofrei: Initiative droht mit Klage“, in: *Hamburger Abendblatt* vom 17. August 2019, S. 13.

37 Vgl. „Ole von Beust wirbt für autofreie Hamburger Innenstadt“, in: *Hamburger Abendblatt* vom 18. November 2019, S. 1, 9.

38 Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Ärger um Straßenbaustellen: Warum wird nicht rund um die Uhr gearbeitet?, in: *Hamburger Abendblatt* vom 10. September 2019, S. 1; *ders.*, Zahl der Unfälle auf Hamburgs neuen Fahrradstreifen steigt, in: *Hamburger Abendblatt* vom 17. September 2019, S. 1; *Marc Hasse*, CDU: Verkehrspolitik ist „außer Takt“, in: *Hamburger Abendblatt* vom 19. Dezember 2019, S. 14.

39 Vgl. *Jens Meyer-Wellmann*, Klimakrisen im rot-grünen Senat, in: *Hamburger Abendblatt* vom 12. Oktober 2019, S. 12; *ders.*, SPD mit neuer Strategie gegen Grüne, in: *Hamburger Abendblatt* vom 9. November 2019, S. 12.

40 Vgl. *Marc Hasse* / *Andreas Dey*, Hamburger Klimaplan: Aus für Ölheizungen – Solaranlagen Pflicht, in: *Hamburger Abendblatt* vom 4. Dezember 2019, S. 1, 12.

41 Vgl. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Plenarprotokoll 21/113, 12. Februar 2020, S. 8898 – 8899.

42 Vgl. „Er oder Sie? Autofreie Innenstadt, Hafen, Klima: Die Bürgermeister-Kandidaten Peter Tschentscher und Katharina Fegebank im großen Streitgespräch“, in: *Die Zeit Hamburg* vom 30. Januar 2020, S. 1 – 2.

mit den Stimmen der AfD und erleichtert über seinen Rückzug am Tag danach.⁴³ Sechs Tage später trafen sich beide erneut zu einem halbstündigen, von RTL Nord gesendeten TV-Duell, in dem die Herausforderin mit Verve die „echte Mobilitätswende“ propagierte, während der Bürgermeister auf die Bremse trat.⁴⁴ Den Höhepunkt der Streitgespräche bildete das einstündige, zur besten Sendezeit ausgestrahlte TV-Duell fünf Tage vor der Wahl im NDR, das von der Cum-Ex-Affäre überlagert wurde. Dabei ging es um die Frage, ob die Warburg Bank im Jahre 2016 politischen Einfluss auf den Hamburger Senat genommen hatte, um eine Steuernachzahlung in Höhe von 47 Millionen Euro zu verhindern. *Fegebank* mahnte „dringend“ Aufklärung an und forderte einen Untersuchungsausschuss, während *Tschentscher*, zur damaligen Zeit der zuständige Finanzsenator, den Vorwurf politischer Einflussnahme zurückwies⁴⁵ – zu Recht, wie die Berichterstattung in den folgenden Tagen zeigen sollte.⁴⁶

Intensiv diskutiert wurden auch die Bündnisoptionen. In einem Sechsparteiensystem mit zwei für koalitionsunfähig erachteten Parteien (Linke und AfD) eröffnete sich ein Spielraum für Koalitionsstrategien – auch wenn für SPD und Grüne die Lage eigentlich klar war. Bürgermeister *Tschentscher* wiederholte immer wieder, dass Rot-Grün die „naheliegende Option“ sei. Er betonte allerdings auch, dass für ihn diese Option nur als Bürgermeister und nicht als Juniorpartner infrage käme.⁴⁷ *Tschentscher* signalisierte aber auch Offenheit der CDU und der FDP gegenüber, um sich für Wähler dieser Parteien wählbar zu machen und den Druck auf die Grünen zu erhöhen. Für CDU und FDP kristallisierte sich im Wahlkampf die rot-schwarze oder die „Deutschland-Koalition“ als die bevorzugte, weil jeweils einzig realistische Option heraus.⁴⁸ *Katharina Fegebank* beharrte auf ihrer Präferenz für Grün-Rot – machte aber zugleich deutlich, dass sie nicht, nur um Erste Bürgermeisterin zu werden, eine Koalition mit der CDU und der FDP anstreben würde.⁴⁹

3. Das Wahlergebnis

Am Wahlabend des 23. Februar gab es zwei Sieger – einen gefühlten und einen realen. Der gefühlte Sieger war die Hamburger SPD, die zwar gegenüber ihrem Ergebnis von vor fünf Jahren 6,4 Punkte verlor und nur noch auf einen Stimmenanteil von 39,2 Prozent der Stimmen kam, aber mit deutlichem Vorsprung vor ihrem grünen Koalitionspartner lag.

43 Vgl. *Alexander Josefowicz*, *Tschentscher und Fegebank – das Duell*, in: *Hamburger Abendblatt* vom 7. Februar 2020, S. 12.

44 „Hamburg wählt: TV-Duell der Spitzenkandidaten Peter Tschentscher vs. Katharina Fegebank“, in: RTL Nord online vom 12. Februar 2020, <https://www.rtlnord.de/nachrichten/tv-duell-zur-wahl-in-hamburg-peter-tschentscher-vs-katharina-fegebank.html> (Abruf am 8. Juli 2020).

45 „TV-Duell vor Hamburg-Wahl: Cum-Ex-Affäre ist Thema“, in: NDR online vom 18. Februar 2020, <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburg-Wahl-Fegebank-und-Tschentscher-im-TV-Duell,wahlduell130.html> (Abruf am 8. Juli 2020).

46 Vgl. *Andreas Dey*, *Cum-Ex: Neue Zweifel an den Vorwürfen*, in: *Hamburger Abendblatt* vom 20. Februar 2020, S. 12.

47 Zitiert bei „*Tschentscher stellt Bedingung für weitere Koalition*“, in: *Hamburger Abendblatt* vom 30. Dezember 2019, S. 11.

48 Vgl. „*CDU favorisiert jetzt ein Bündnis mit SPD und FDP*“, in: *Hamburger Abendblatt* vom 10. Januar 2020, S. 12.

49 So im Fernsehduell bei RTL Nord, a.a.O. (Fn. 44).

Tabelle 1: Das endgültige Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 (in Klammern Veränderungen gegenüber 2015)

	Landesliste (LL)		Wahlkreise (WK)		Sitze		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Insgesamt	LL	WK
Wahlberechtigte	1.316.691	100	1.361.691	100			
Wahlbeteiligung	829.497	63,0 (+6,5)	829.497	63,0			
Briefwahlquote	283.793	34,2 (+3,5)	283.793	34,2			
Abgegebene ungültige Stimmhefte	828.973	100	827.572	100			
	8.737	1,1 (-1,7)	15.389	1,9			
gültige Stimmhefte	820.236	98,9 (+1,7)	812.183	98,1			
Gültige Stimmen aus Heilungsregel	4.062.376	100	4.016.871	100	123 (+2)	52	71
	49.940	1,2					
SPD	1.593.825	39,2 (-6,4)	1.403.351	34,9	54 (-4)	26	28
CDU	453.717	11,2 (-4,7)	605.273	15,1	15 (-5)	-	15
Linke	368.683	9,1 (+0,6)	446.600	11,1	13 (+2)	6	7
FDP	202.059	4,97 (-2,4)	220.031	5,5	1 (-8)	-	1
Grüne	981.628	24,2 (+11,9)	1.032.826	25,7	33 (+18)	13	20
AfD	215.306	5,3 (-0,8)	217.201	5,4	7 (-1)	7	-
ÖDP	27.617	0,7 (+0,3)	25.903	0,6	-	-	-
Freie Wähler	25.023	0,6	16.357	0,4	-	-	-
Piraten	20.559	0,5 (-1,1)	17.575	0,4	-	-	-
Volt Hamburg	52.361	1,3	25.524	0,6	-	-	-
Die Partei	56.755	1,4 (+0,5)	-	-	-	-	-
Hamburg	21.530	0,5	-	-	-	-	-
Die Humanisten	8.354	0,2	-	-	-	-	-
Gesundheitsforschung	7.759	0,2	-	-	-	-	-
Tierschutzpartei	27.200	0,7	-	-	-	-	-
DiB	-	-	2.808	0,1	-	-	-
Menschliche Welt	-	-	1.702	0,0	-	-	-
Sedat Ayhan	-	-	1.067	0,0	-	-	-
SLDP	-	-	653	0,0	-	-	-

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg, Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 5 – 7.

Die Grünen waren mit einem Rekordergebnis von 24,2 Prozent (plus 11,9 Punkte) die tatsächlichen Sieger dieser Wahl. Bei Landtagswahlen hatten sie bisher überhaupt nur einmal in Baden-Württemberg ein besseres Ergebnis erzielt.⁵⁰ Dennoch hatten sie ihr Wahlziel, nach 199 männlichen Bürgermeistern die erste Bürgermeisterin der Stadt zu stellen, am Ende klar verfehlt. Die SPD, die in der deutschlandweiten Sonntagsfrage zwischenzeitlich auf unter 15 Prozent abgesackt war, stellte dagegen unter Beweis, dass sie noch Wahlen gewinnen und den starken Partner in einer stabilen Zweierkoalition stellen konnte. Zu den Gewinnern zählten auch die Linke, die 0,6 Punkte auf 9,1 Prozent zulegte, und die Hamburger Wähler, von denen knapp 100.000 mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten als noch 2015. Mit 63 Prozent lag die Wahlbeteiligung 6,5 Punkte über derjenigen von vor fünf Jahren. Unter den sonstigen Parteien schnitten „Die Partei“ und „Volt Hamburg“ mit 1,4 beziehungsweise 1,3 Prozent am besten ab (vgl. Tabelle 1).

50 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 23. Februar 2020, Mannheim, März 2020, S. 8.

In der nicht so fernen Hauptstadt fühlte sich darüber hinaus noch einer als Sieger: Vizekanzler *Olaf Scholz* war extra vorzeitig vom G20-Finanzministertreffen in Saudi-Arabien nach Berlin zurückgekehrt, um mit seinen Hamburger Genossen feiern zu können. Er erschien am Wahlabend auffallend oft vor Mikrofonen und lächelte an der Seite seines Nachfolgers im Amt des Hamburger Bürgermeisters vergnügt in die Fernsehkameras. Fast 40 Prozent waren ein Ergebnis, das vielen in Berlin fast unwirklich vorkam. Nicht so *Scholz*, der 2011 und 2015 in Hamburg sogar noch bessere Resultate erzielt hatte und darauf hinwies, dass es gelungen sei, diese früheren Wahlerfolge mit seinem pragmatischen und sozialen Politikstil fortzusetzen. Das Wahlergebnis sei „ein Mutsignal für uns alle“, so *Scholz*. „Wir können gewinnen. Wenn wir das in einer richtigen Aufstellung machen, können wir Wahlen so entscheiden, dass wir auch bei der nächsten Bundestagswahl vorne liegen.“⁵¹ Die SPD hatte plötzlich wieder einen Favoriten für die Kanzlerkandidatur.⁵²

Eindeutige Verlierer der Hamburger Bürgerschaftswahl waren die „bürgerlichen“ Oppositionsparteien CDU und FDP – nicht zufällig also diejenigen, die zweieinhalb Wochen zuvor die Republik erschüttert hatten, als sie ihren „faustischen Pakt“⁵³ mit der Thüringer AfD des *Björn Höcke* schlossen. Die CDU büßte 4,7 Punkte ein und kam nur noch auf 11,2 Prozent der Stimmen – ihr schlechtestes Ergebnis in Hamburg und ihr zweitschlechtestes bei einer Landtagswahl überhaupt. Die FDP verlor 2,4 Punkte und scheiterte mit 4,97 Prozent an der Sperrklausel. Auch die AfD verlor 0,8 Punkte – erstmalig bei einer Landtagswahl⁵⁴ – und übersprang nur knapp und spät am Wahlabend die Fünf-Prozent-Hürde (vgl. Tabelle 1). In der „Berliner Runde“ vor der Tagesschau sahen SPD-Generalsekretär *Lars Klingbeil* und Grünen-Bundesgeschäftsführer *Michael Kellner* die bundespolitische Lehre der Hamburg-Wahl vor allem darin, dass die „geistigen Brandstifter der AfD“ (*Klingbeil*) und „diejenigen, die für Hass und Hetze in diesem Land verantwortlich sind“ (*Kellner*) die Quittung bekommen hätten. CDU-Generalsekretär *Paul Ziemiak* betonte dagegen, dass es „ein ganz persönlicher Sieg des Amtsinhabers in Hamburg“ gewesen sei.⁵⁵

In der nächsten Bürgerschaft werden nur noch fünf Parteien in Fraktionsstärke vertreten sein. Größte Fraktion bleibt die SPD mit 54 Sitzen, vier weniger als 2015. Zweitstärkste Fraktion sind erstmals die Grünen mit 33 Sitzen (plus 18). Zusammen verfügen SPD und Grüne über 87 der 123 Sitze – eine Zweidrittelmehrheit. Die Opposition ist schwach und fragmentiert: Größte Oppositionspartei ist mit nur noch 15 Sitzen die CDU (-5), gefolgt von der Linken mit 13 (plus zwei) und der AfD mit sieben Mandaten (-1). Als fraktionslose Abgeordnete zog FDP-Spitzenkandidatin *Anna von Treuenfels-Frowein*, die in ihrem Blankeneser Wahlkreis direkt gewählt wurde, ins Parlament ein (vgl. Tabelle 1).

51 Zitiert bei *Lydia Rosenfelder / Christian Teevs*, SPD-Sieg in Hamburg: Der Scholz-Plan, in: Der Spiegel vom 24. Februar 2020.

52 Vgl. *Mark Schieritz*, Olaf Scholz: Operation Kanzleramt, in: Die Zeit vom 26. Februar 2020; *Mike Szymanski*, Olaf Scholz und die SPD: Plötzlich Favorit, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Mai 2020.

53 *Georg Anastasiadis*, Wahl-Hammer in Thüringen: Landesregierung in Björn Höckes Fängen – Ein Kommentar, in: Münchner Merkur vom 6. Februar 2020.

54 Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 50), S. 8.

55 „Berliner Runde zur Bürgerschaftswahl in Hamburg“, in: Tagesschau.de vom 23. Februar 2020, <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-665189.html> (Abruf am 8. Juli 2020).

3.1. Landeslisten- und Wahlkreisergebnisse

Hamburgs personalisiertes Verhältniswahlrecht mit offenen Listen eröffnet den Wählern auf Landes- wie auf Wahlkreisebene eine Präferenzstimmgebung. Auf Landesebene („gelbe Stimmzettel“) können sie ihre maximal fünf Stimmen Parteilisten („Listenstimmen“) und/oder konkreten Bewerbern auf den Parteilisten („Personenstimmen“) geben. In den Wahlkreisen („rote Stimmzettel“) verfügen sie ausschließlich über fünf Personenstimmen. Insgesamt wurden bei der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 44 Prozent der gut vier Millionen Stimmen auf der Landesliste als Personenstimmen vergeben, 54,7 Prozent als Listenstimmen. Die restlichen gut 50.000 Stimmen (1,2 Prozent) stammten aus der zur Bürgerschaftswahl 2020 neu eingeführten „Heilungsregel“. Ihr zufolge wurden ungültige gelbe Stimmzettel, die mehr als fünf Stimmen enthielten, „geheilt“ – sofern die Stimmen ausschließlich an eine Partei gegeben wurden. Diese Partei erhielt dann die maximal möglichen fünf Stimmen. Die Heilungsregel hat aus Sicht des Wahlgesetzgebers den Vorzug, dass sie den Anteil der ungültigen Stimmen herunterrechnet – in diesem Fall von 2,3 auf 1,1 Prozent. SPD, AfD und CDU profitierten von dieser Regel am stärksten; ihre Wähler hatten offensichtlich etwas größere Probleme mit dem Wahlrecht als die der anderen Parteien (vgl. Tabellen 1 und 2). Auf Grundlage dieser wundersamen „Heilung“ ungültiger Stimmen auf eine Bewährung des Hamburger Wahlrechts zu schließen, wäre sicherlich gewagt; dennoch scheinen sich die Hamburger Parteien mit dem Wahlrecht arrangieren zu wollen.

Wie schon 2011 und 2015 war auch 2020 die SPD die einzige Partei, die mehr Personen- (56,5 Prozent) als Listenstimmen (41,6 Prozent) erhielt. Wie in den beiden vorangegangenen Wahlen war dies auch diesmal der Popularität des Bürgermeisters zu verdanken, der allein 72 Prozent aller Personenstimmen der SPD auf sich vereinigte. Nur *Olaf Scholz* (2011: 72,5, 2015: 79,2 Prozent) und der früheren FDP-Spitzenkandidatin *Katja Suding* (2011: 74,1, 2015: 73,4 Prozent) war es bisher gelungen, einen höheren Anteil der Perso-

Tabelle 2: Anteil von Personen-, Listen- und „geheilten“ Stimmen an den Landesstimmen; Anteil der Personenstimmen für die Spitzenkandidaten an den Personenstimmen ihrer Partei

Partei	Landesliste	Personenstimmen (in %)		Listenstimmen (in %)	Geheilte Stimmen (in %)
		Insgesamt	davon Spitzenkandidaten (in %)		
SPD	1.593.825	901.176 (56,5)	649.132 (72,0)	662.264 (41,6)	30.385 (1,9)
CDU	453.717	180.561 (39,8)	64.669 (35,8)	267.291 (58,9)	5.865 (1,3)
Linke	368.683	130.754 (35,5)	38.615 (29,5)	235.224 (63,8)	2.705 (0,7)
FDP	202.059	76.502 (37,9)	29.579 (38,7)	123.772 (61,3)	1.785 (0,9)
Grüne	981.628	386.397 (39,4)	213.925 (55,4)	590.756 (60,2)	4.475 (0,5)
AfD	215.306	61.754 (28,7)	25.718 (41,6)	150.172 (69,7)	3.380 (1,6)
Sonstige	247.158	51.414 (20,8)	15.915 (31,0)	194.399 (78,7)	1.345 (0,5)
Gesamt	4.062.376	1.788.558 (44,0)	1.037.553 (58,0)	2.223.878 (54,7)	49.940 (1,2)

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 9; Berechnung und Zuteilung der Mandate, 8. April 2020, S. 44 – 53; eigene Berechnungen.

nenstimmen ihrer Partei auf sich zu ziehen als *Peter Tschentscher*.⁵⁶ Das Personaltableau von CDU und Grünen zog nur knapp 40 Prozent ihrer Wähler an, die anderen 60 Prozent stimmten für die Parteiliste. *Katharina Fegebank* konnte immerhin 55,4 Prozent der grünen Personenstimmen auf sich lenken, während *Marcus Weinberg* dies nur mit 35,8 Prozent der CDU-Personenstimmen gelang. Wie unzureichend die Popularität *Weinbergs* war, lässt sich auch daran erkennen, dass nicht nur Freidemokratin *Anna von Treuenfels-Frowein*, sondern auch AfD-Spitzenkandidat *Dirk Nockemann* eine höhere Popularität unter den Wählern ihrer Partei genossen (Tabelle 2).

Die Relation der Listen- zu den Personenstimmen hatte nach der Mechanik des Hamburger Wahlrechts zur Folge, dass auf der Landesliste der SPD nur die ersten elf Plätze „zogen“ und die restlichen 15 Mandate nach Personenstimmen besetzt wurden. Dies ermöglichte vor allem solchen Kandidaten, die sich bereits als Senator oder Landesparlamentarier einen Namen gemacht hatten, auch von hinteren Listenplätzen in die Bürgerschaft gewählt zu werden. Ein Migrationshintergrund und eine gute politische Vernetzung konnten auch nicht schaden. Bei allen anderen Parteien führte die Relation der Listen- zu den Personenstimmen dazu, dass der Anteil der nach Präferenzstimmgebung gewählten Personen geringer ausfiel als der nach Parteiliste. Bei der Linken kamen die ersten vier Listenplätze zum Zug, zwei Bewerber wurden aufgrund ihrer Personenstimmen gewählt. Von den 13 Landeslistenabgeordneten der Grünen wurden acht nach Liste, fünf aufgrund ihrer Personenstimmen gewählt. Die AfD entsendete ihre ersten fünf Kandidaten von der Landesliste in die Bürgerschaft; zwei weitere erkämpften sich ihr Mandat über die Präferenzstimmen. Bei der CDU zog die Liste gar nicht, da ihr Wahlkreisergebnis knapp vier Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis lag und sie als drittstärkste Partei überproportional viele Direktmandate errang: 15 der 71 Wahlkreismandate (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Endgültige Mandatsverteilung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2020 (in Klammern Differenz zu 2015)

Partei	Insgesamt	Landesliste			Wahlkreisliste
		Insgesamt	Nach Parteiliste	Nach Personenstimmen	
SPD	54 (-4)	26 (+3)	11 (+1)	15 (+2)	28 (-7)
CDU	15 (-5)	0 (-2)	0 (-1)	0 (-1)	15 (-3)
Linke	13 (+2)	6 (-1)	4 (±0)	2 (-1)	7 (+3)
FDP	1 (-8)	0 (-8)	0 (-4)	0 (-4)	1 (±0)
Grüne	33 (+18)	13 (+11)	8 (+7)	5 (+4)	20 (+7)
AfD	7 (-1)	7 (-1)	5 (-1)	2 (±0)	0 (±0)
Insgesamt	123 (+2)	52 (+2)	28 (+2)	24 (±0)	71 (±0)

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, Analyse der Bürgerschaftswahl am 23. Februar 2020 in Hamburg. Endgültige Ergebnisse, 12. März 2020, S. 11.

56 Vgl. *Patrick Horst*, Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 707 – 724, S. 714; *ders.*, a.a.O. (Fn. 4), S. 530.

3.2. Motive der Wahlentscheidung: Parteien-, Kandidaten- und Themenbewertungen

Bei der Bewertung der Parteien setzten die Hamburger wie schon in der Vergangenheit eine betont lokale Brille auf: Für 71 Prozent war die Politik in Hamburg wichtiger für ihre Wahlentscheidung als die Bundespolitik, unter Anhängern der SPD waren es sogar 86 Prozent. Für die SPD war dies ein unschätzbare Vorteil, weil sie in der Hansestadt auf einer +5/-5-Skala mit +2,5 annähernd so gut wie 2015 (+2,7) bewertet wurde und sich von ihrem weniger positiven Image auf Bundesebene (+1,0) erfolgreich abkoppeln konnte. Die SPD wurde nicht nur von ihren eigenen Anhängern sehr positiv beurteilt, sondern auch von Anhängern der Grünen (+2,5), der CDU (+1,7) und der FDP (+1,6). 80 Prozent der Hamburger stimmten der Aussage zu: „Die SPD passt am besten zu Hamburg“, womit die Sozialdemokraten wieder zu ihrem traditionellen Image der „Hamburg-Partei“ zurückgefunden hatten. Der SPD fühlten sich immerhin 26 Prozent der Wähler langfristig politisch verbunden – die Vergleichswerte für die Grünen betragen 15 und für die CDU zwölf Prozent. Auch bei der mit 34 Prozent größten Gruppe der parteiungebundenen Wähler lag die SPD mit 34 Prozent deutlich vor Grünen (22), AfD (11) und CDU (7 Prozent). Mit +1,8 deutlich positiver bewertet als noch vor fünf Jahren wurden die Grünen, deren Bundespartei den Hamburgern als einzige ebenso attraktiv erschien wie die Landespartei. Ähnlich positiv beurteilt wie ihr Profil als Partei wurde auch die Regierungsarbeit von SPD (+2,0) und Grünen (+1,5), weshalb sich sechs von zehn Hamburgern eine Neuaufgabe der rot-grünen Koalition wünschten.⁵⁷

Alle anderen Parteien wurden neutral oder negativ eingeschätzt: CDU (0,0), Linke (-0,3), FDP (-0,7) und AfD (-4,0). Die CDU wurde selbst von den eigenen Anhängern kaum positiver bewertet (+2,5) als die SPD (+1,7), was zu erklären vermag, dass sie im Landesergebnis nicht einmal ihr Potenzial langfristig parteigebundener Wähler ausschöpfte. Die Frage, inwieweit die Ereignisse in Thüringen sich negativ auf das Wahlergebnis auswirkten, fiel von Partei zu Partei unterschiedlich aus. Am stärksten litt die FDP. Während nur acht Prozent der Wähler insgesamt meinten, dass die Vorgänge in Thüringen einen sehr großen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung hatten, waren 20 Prozent unter den ehemaligen FDP-Wählern, aber nur acht Prozent der ehemaligen CDU-Wähler dieser Meinung. Auf 34 Prozent der AfD-Wähler hatten die Ereignisse in Thüringen sogar eher eine bestärkende Wirkung. Die AfD litt vor allem unter ihrem schlechten Image und ihrer breiten Ächtung in Hamburg: 87 Prozent der Hamburger waren der Auffassung, dass rechtsextrêmes Gedankengut in der Partei weit oder sehr weit verbreitet sei.⁵⁸

Die Parteibewertungen spiegelten sich auch in den Haltungen der Wähler gegenüber den Spitzenkandidaten wider. Im Vergleich zu den Wahlumfragen vom Dezember 2019 konnten *Tschentscher* und *Fegebank* ihre Zufriedenheitswerte in der Bevölkerung noch einmal deutlich steigern. Mit der Arbeit des Bürgermeisters waren am Wahltag 67 Prozent der Hamburger zufrieden, mit der Arbeit seiner Stellvertreterin 50 Prozent. CDU-Spitzenkandidat *Weinberg* dagegen verharrte bei Zufriedenheitswerten von 23 Prozent noch hinter Linken-Spitzenkandidatin *Özdemir* (34 Prozent). Auf die Frage, für wen sie sich in einer

57 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 50), S. 12 – 17.

58 Ebenda, S. 13 – 16; Infratest dimap, „Bürgerschaftswahl 2020 Hamburg“, in: Tagesschau.de ohne Datum, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2020-02-23-LT-DE-HH/umfrage-einfluss.shtm> (Abruf 27. Juni 2020).

hypothetischen Direktwahl des Bürgermeisters entscheiden würden, antworteten 53 Prozent mit *Tschentscher*, 30 Prozent mit *Fegebank*.⁵⁹ Gefragt, wen sie lieber als Bürgermeister hätten, entschieden sich sogar 57 Prozent für *Tschentscher* und nur 27 Prozent für *Fegebank*. Die Abweichung bei diesen beiden ähnlich scheinenden Fragen könnte auf die höheren Beliebtheitswerte *Tschentschers* im direkten Profilvergleich zurückzuführen sein: Bei den Sympathiewerten lag der Erste Bürgermeister zehn Punkte vor seiner Herausforderin, hinsichtlich der Glaubwürdigkeit 17 und des Sachverstands 34 Punkte. In der Bewertung der Spitzenkandidaten auf der +5/-5 Skala (halte sehr viel / halte nichts von) lag *Tschentscher* mit sehr guten +2,7 vor *Fegebank* mit guten +1,7. *Weinberg*, der mit einem Bekanntheitsproblem zu kämpfen hatte, folgte abgeschlagen mit einem Wert von +0,4.⁶⁰

Thematisch wurde die Bürgerschaftswahl in Hamburg eindeutig von der Verkehrspolitik dominiert. Für 62 Prozent der Hamburger zählte sie zu den zwei wichtigsten Problembereichen. Das Aufgabenfeld „Wohnungsmarkt/Mieten“ nannten 39 Prozent, den Bereich „Klima/Umwelt/Energiewende“ 19 Prozent. Auf Platz vier der wichtigsten politischen Probleme folgte mit elf Prozent der Bereich „Schule/Bildung“. In der Verkehrspolitik hatte ein bemerkenswerter Bewusstseinswandel eingesetzt, seitdem die Grünen 2015 verkündet hatten, Hamburg zur „Fahrrad-Metropole Deutschlands“⁶¹ machen zu wollen: Für zwei Drittel der Hamburger gingen Vorschläge zur Einrichtung autofreier Innenstadtbereiche in die richtige Richtung. Auch dem Bau von Radwegen zulasten von Autofahrspuren wurde mehrheitlich zugestimmt.⁶² In der zugeschriebenen verkehrspolitischen Lösungskompetenz konnten die Grünen mit ihren Konzepten der SPD erstmals den Rang ablaufen: 36 Prozent hielten sie hier für am fähigsten, nur 24 Prozent die SPD. Im zweitwichtigsten politischen Problemfeld „Wohnungsmarkt/Mieten“ war dagegen der Kompetenzvorsprung der SPD (39) vor Linken (12) und Grünen (10 Prozent) ungebrochen. Im dritt wichtigsten Aufgabenfeld des Klimaschutzes dominierten wie eh und je die Grünen: 60 Prozent schrieben ihnen hierbei die größte Lösungskompetenz zu, die SPD kam nur auf 14 Prozent. Auf allen anderen, 2020 weniger bedeutsamen Politikfeldern wurde der SPD am meisten zugetraut. Das galt auch für die allgemeine „Zukunftskompetenz“, die 37 Prozent der Hamburger bei der SPD, aber immerhin 20 Prozent bei den Grünen verorteten.⁶³

Die bemerkenswerten Kompetenzwerte der beiden Regierungsparteien profitierten auch von der positiven Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Lebensverhältnisse. 65 Prozent blickten optimistisch in die Zukunft und sahen die Stadt eher gut vorbereitet auf künftige Herausforderungen. Im Vergleich mit den anderen westdeutschen Bundesländern hielten 72 Prozent die wirtschaftliche Lage in ihrem Stadtstaat für besser, nur drei Prozent für schlechter. Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Hamburg bewerteten im Januar 2020 laut Infratest dimap 83 Prozent als sehr gut oder gut, nur 14 Prozent als weniger gut oder schlecht. Bei den nur drei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten der Forschungsgruppe Wahlen schätzten 62 Prozent die allgemeine wirtschaftliche Lage in Hamburg als gut, ein Drittel als teils gut, teils schlecht und vier Prozent als

59 Ebenda, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2020-02-23-LT-DE-HH/umfrage-kandidat.shtml> (Abruf am 27. Juni 2020).

60 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 50), S. 18 – 21.

61 Vgl. *Patrick Horst*, a.a.O. (Fn. 4), S. 523.

62 Vgl. Infratest dimap, LänderTREND Hamburg Januar 2020 im Auftrag des NDR.

63 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 50), S. 24 – 27.

schlecht ein. Mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation waren die Hamburger sogar noch zufriedener: 70 Prozent bewerteten sie als gut, 24 Prozent als teils gut, teils schlecht und nur fünf Prozent als schlecht. Vor dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie in Deutschland blickten die Hamburger mehrheitlich verhalten optimistisch in die wirtschaftliche Zukunft: 22 Prozent erwarteten positive, 57 Prozent keine und 17 Prozent negative Veränderungen.⁶⁴

4. Regierungsbildung und Formierung der Opposition

Noch am Wahlabend war schnell klar, dass das Wahlergebnis keinen Raum für Koalitionsspekulationen ließ. Zwar hätte die SPD, nachdem das Scheitern der FDP an der Sperrklausel feststand, arithmetisch mit jeder Partei in der Bürgerschaft außer der AfD koalieren können; ein Bündnis mit der Linken war jedoch von niemandem gewollt und die Koalition mit dem Wahlverlierer CDU war politisch undenkbar geworden. Bürgermeister *Tschentscher* wiederholte zwar noch am Wahlabend sein Mantra, dass Rot-Grün „die naheliegende Option“ sei, er aber auch mit der CDU reden werde. Die grüne Wahlsiegerin *Katharina Fegebank* brachte die politischen Realitäten jedoch auf den Punkt, als sie sagte: „Es gibt einen klaren Wählerauftrag. Alles andere als Rot-Grün mit deutlich stärkeren Grünen würden die Hamburger nicht verstehen.“⁶⁵

So sollte es dann auch kommen – allerdings nicht ohne einige Verzögerungen: Am Tage der Bürgerschaftswahl wurden die beiden ersten Europäer Opfer der Covid-19-Pandemie in Italien. Das erste Sondierungsgespräch der SPD mit den Grünen am 28. Februar musste um zwei Stunden verkürzt werden, weil die SPD-Parteivorsitzende *Melanie Leonhard* als Sozialsenatorin in der aktuellen Pandemie-Lage gefordert war. Anfang März begannen in Hamburg die Frühjahrsferien, weshalb sich die Gesprächsführer der SPD erst am 9. März zu Sondierungen mit CDU und Grünen trafen. Im Anschluss sprach CDU-Parteichef *Heintze* von einer „sehr angenehmen Gesprächsatmosphäre“, *Tschentscher* von „großen Gemeinsamkeiten“ zwischen SPD und CDU. Eine Koalition sei eine „denkbare Option“. Noch positiver allerdings fiel das Statement des Bürgermeisters nach den Sondierungen mit den Grünen aus: „Es waren sehr konstruktive und aufschlussreiche Gespräche“, sagte *Tschentscher*. „Die rot-grüne Option ist eine sehr naheliegende.“ Am Tag darauf votierte der SPD-Landesvorstand einstimmig für Verhandlungen mit den Grünen, die bereits am 26. Februar auf einer Mitgliederversammlung grünes Licht für Koalitionsverhandlungen mit der SPD gegeben hatten.⁶⁶

Nachdem Mitte März mit den zurückkehrenden Skiurlaubern aus Österreich auch das Coronavirus in der Hansestadt angekommen war, wurde der eigentlich für den 16. März

64 Vgl. ebenda, S. 27 – 29; Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 62).

65 Zitiert bei *Peter Ulrich Meyer*, So sehen Sieger aus, in: Hamburger Abendblatt vom 24. Februar 2020, S. 1.

66 Zitiert bei *Marc Hasse | Andreas Dey | Peter Ulrich Meyer*, Koalitionsgespräche beginnen nächste Woche, in: Hamburger Abendblatt vom 10. März 2020, S. 11. Vgl. ferner *dies.*, SPD: Koalitionsgespräche mit Grünen, in: Hamburger Abendblatt vom 11. März 2020, S. 1, 11; *Peter Ulrich Meyer | Andreas Dey*, Die ersten Schritte auf dem Weg zu Rot-Grün, in: Hamburger Abendblatt vom 29. Februar 2020, S. 11; *Marc Hasse*, Grüne: „Jetzt holen wir das meiste raus“, in: Hamburger Abendblatt vom 27. Februar 2020, S. 12.

anberaumte Auftakt der Koalitionsverhandlungen verschoben. Mit mehr als fünfwöchiger Verspätung wurden sie am 23. April aufgenommen und in 13 inhaltlichen Verhandlungsrunden bis zum 28. Mai abgeschlossen.⁶⁷ Die Ressortverteilung erfolgte über das Pfingstwochenende, am 2. Juni wurde der fertige Koalitionsvertrag der Öffentlichkeit vorgestellt.⁶⁸ *Fegebanks* Prognose vom Wahlabend, dass es zu „Rot-Grün mit deutlich stärkeren Grünen“ kommen würde, hatte sich somit 100 Tage nach der Wahl bewahrheitet – allerdings kamen die Grünen nicht so stark aus den Koalitionsverhandlungen heraus, wie es ihrem Proporz entsprochen hätte. Von den angestrebten fünf Senatorenämtern konnten sie lediglich vier durchsetzen – das entsprach bei einem Sitzanteil von 38 Prozent in der neugewählten Bürgerschaft nur einem Kabinettsanteil von 33 Prozent. Die Grünen stellten künftig auch nur fünf der 16 Staatsräte – ein Anteil von 31 Prozent.⁶⁹ Kompensiert wurden sie allerdings durch die Aufwertung ihrer Behörden. Die Wissenschaftsbehörde erhielt aus der Finanzbehörde die Zuständigkeit für Bezirke; der Behörde für Umwelt und Energie wurden das Klima und die Landwirtschaft hinzugefügt; die neue grüne Justizministerin *Anna Gallina*, die *Till Steffen* ablöste, erhielt zusätzlich die Verantwortung für den Verbraucherschutz; und *Anjes Tjarks* wurde neuer Senator für Verkehr und Mobilitätswende. Damit hat er das Politikfeld, das im Wahlkampf die Hauptrolle gespielt hatte und vielleicht am meisten positiven Gestaltungsspielraum bot, in seiner Regie.⁷⁰

Die SPD, bisher mit neun Senatoren in der Regierung vertreten, hielt alle Behördenleiter im Amt – mit Ausnahme von Gesundheitssenatorin *Cornelia Prüfer-Storcks*, die ihren Rückzug aus der Politik bereits vor der Wahl angekündigt hatte. Von den acht Senatoren der SPD mussten vor allem Finanzsenator *Andreas Dressel* (Bezirke) und Wirtschaftssenator *Michael Westhagemann* (Verkehr) Einbußen beim Ressortzuschnitt hinnehmen. Sie konnten dies jedoch verschmerzen, weil der Finanzsenator in Zeiten der Corona- und anschließenden Wirtschaftskrise der Herr über den „Finanzierungsvorbehalt“ sein würde, mit dem alle neuen Projekte im Koalitionsvertrag belegt wurden, und weil der Wirtschaftssenator die Zuständigkeit für Hafen und Flughafen behielt. Arbeits- und Sozialsenatorin *Melanie Leonhard*, „Architektin des rot-grünen Revivals“⁷¹ nach dem harten Wahlkampf, gewann das Amt für Gesundheit hinzu. Die bemerkenswert hohe Kontinuität unter den SPD-Senatoren und die mangelnde Berücksichtigung von Frauen bei der Postenbesetzung begründete der Bürgermeister damit, dass seine amtierende Mannschaft eine „sehr gute Arbeit gemacht“ hätte. In der Corona-Krise brauche er „alle an Bord“.⁷²

67 Vgl. *Andreas Dey*, Der neue Senat muss warten, in: Hamburger Abendblatt vom 16. März 2020, S. 10.

68 Vgl. *ders.* / *Peter Ulrich Meyer* / *Jens Meyer-Wellmann*, Das ist Hamburgs neuer Senat, in: Hamburger Abendblatt vom 2. Juni 2020, S. 1; *dies.*, Koalition steht – wer sich wo durchgesetzt hat, in: Hamburger Abendblatt vom 2. Juni 2020, S. 10.

69 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg, Staatsrätinnen und Staatsräte, <https://www.hamburg.de/staatsraete/> (Abruf am 25. Juni 2020).

70 Vgl. *Andreas Dey*, Der Mann, der die Stadt verändern will, in: Hamburger Abendblatt vom 6. Juni 2020, S. 69.

71 *Peter Ulrich Meyer*, Eine Architektin des rot-grünen Revivals, in: Hamburger Abendblatt vom 30. Mai 2020, S. 12.

72 Vgl. Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten. Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90 / Die Grünen, Landesverband Hamburg, Hamburg, 2. Juni 2020, S. 202 – 204. Das *Tschentscher-Zitat* bei *Marc Hasse*, „Der

Tabelle 4: Der neue Hamburger Senat seit dem 10. Juni 2020

Erster Bürgermeister und Präsident des Senats	Dr. Peter Tschentscher (SPD), 54
Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke	Katharina Fegebank (Grüne), 43
Senator für Finanzen, Mitglied des Bundesrates	Dr. Andreas Dressel (SPD), 45
Senator für Wirtschaft und Innovation	Michael Westhagemann (parteilos), 62
Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration	Dr. Melanie Leonhard (SPD), 42
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen	Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD), 63
Senator für Verkehr und Mobilitätswende	Anjes Tjarks (Grüne), 39
Senator für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft	Jens Kerstan (Grüne), 54
Senator für Schule und Berufsbildung	Ties Rabe (SPD), 59
Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz	Anna Gallina (Grüne), 36
Senator für Kultur und Medien	Dr. Carsten Brosda (SPD), 45
Senator für Inneres und Sport	Andy Grote (SPD), 51
Quelle: Stadtportal hamburg.de, Bürgermeister und Senatoren, http://www.hamburg.de/senatoren/ (Abruf am 18. Juni 2020).	

Auch in inhaltlicher Hinsicht ging die SPD als Sieger aus den Koalitionsverhandlungen hervor. Alle Punkte, die ihr wichtig waren, setzte sie durch – allen voran den Bau der Hafenuerspanne (A 26-Ost), die Köhlbrandquerung (voraussichtlich durch einen Tunnel) sowie die Unantastbarkeit von Hafen und Flughafen. Für die Sicherung der „Grundfunktionen unserer Stadt“⁷³ – ein Lieblingswort *Tschentschers*, mit dem er in den Verhandlungen die Nerven der Grünen strapazierte – würde weiterhin der in der Wirtschaft anerkannte Wirtschaftssenator *Westhagemann* und nicht Verkehrssenator *Tjarks* zuständig sein. Mit dem Ausbau der Schnellbahn, dem Fünf-Minuten-Takt im ÖPNV oder dem kostenlosen HVV-Schülerticket war die SPD ebenfalls in den Verhandlungen erfolgreich. Die Gründe für ihre Durchschlagskraft lagen zum einen im Verlauf des Wahlkampfes, den *Tschentscher* – von einem Kopf-an-Kopf-Rennen ausgehend – am Ende mit haushohem Vorsprung auf *Fegebank* gewann, zum anderen im Einigungsdruck, der durch die Coronakrise erzeugt wurde und vor allem auf die Grünen disziplinierend wirkte.

Die zentralen Forderungen der Grünen aus dem Wahlkampf wurden zumeist in einen Kompromiss überführt. So werden die autoarmen Bereiche in Hamburgs Innenstadt nicht so zahlreich sein wie von ihnen gewünscht. Aus angestrebten 100 Kilometern neuen Radwegen im Jahr wurden 60 bis 80 Kilometer. Und die Klimaneutralität der Stadt soll nicht schon 2035, sondern nur „deutlich vor 2050“ erreicht werden. Zurückgewiesen wurden zudem fast alle innen- und rechtspolitischen Forderungen der Grünen: Das Vermummungsverbot bei Demonstrationen wurde nicht aufgehoben, ein unabhängiger Polizeibeauftragter nicht geschaffen, das Schwarzfahren und die Cannabis-Nutzung nicht entkriminalisiert. Allein die Straffreiheit junger Drogen-Delinquenten konnten die Grünen

Bürgermeister verliert Frauen aus dem Blick“, in: Hamburger Abendblatt vom 4. Juni 2020, S. 12.

73 Zitiert bei *Jens Meyer-Wellmann*, Köhlbrand, Moorburg, Hafenaubahn – die großen Pläne für Hamburg, in: Hamburger Abendblatt vom 23. Mai 2020, S. 1.

durchsetzen, rannten damit aber bei der SPD offene Türen ein. Am Ende der Koalitionsverhandlungen fiel es den Grünen schwer, eine „Siegtröphäe“⁷⁴ zu präsentieren. Der Erhalt des Vollhöfener Waldes oder das Zugeständnis eines jährlichen Verkehrsversuches zur Erprobung von Alternativen zum Autoverkehr qualifizierten dafür kaum. So ruhen ihre Hoffnungen auf ihrem smarten Verkehrssenator, dass er die Hamburger von der „Mobilitätswende“ begeistern könne, und auf der Zweiten Bürgermeisterin, dass sie die von ihr herausgehandelten jährlichen Ausgabesteigerungen von über drei Prozent für die Hochschulen zum weiteren Ausbau der „Wissenschaftsmetropole“ Hamburg nutzen wird.⁷⁵

Den ausgehandelten Koalitionsvertrag mitsamt dem Personaltableau mussten die Parteigliederungen abschließend billigen. Das war in Zeiten sozialer Distanzierung während der Coronavirus-Pandemie nicht ohne Fallstricke. Die Grünen stimmten erstmals nicht in einer Mitgliederversammlung über den Koalitionsvertrag ab, sondern nur in ihrem Landesausschuss. Trotz inhaltlicher Kritik an der mangelnden Durchsetzung grüner Positionen, insbesondere seitens der Grünen Jugend, akzeptierten 30 von 34 Grünen-Delegierten (88 Prozent) den Koalitionsvertrag. Die SPD ließ ihre Delegiertenversammlung online zusammentreten und war im Vorfeld aufgrund der Kritik an der Ressortbesetzung und der schwer abzuschätzenden Stimmung unter den Delegierten etwas nervös. Auch hier gab es am Ende aber eine übergroße Mehrheit von 288 der 312 Delegierten (92 Prozent) für den Koalitionsvertrag. Bei der Senatsbesetzung, über die getrennt abgestimmt wurde, gab es jedoch einen Dämpfer für *Tschentscher*: Hier entschieden sich bei 238 Ja-Stimmen und 14 Enthaltungen 60 Delegierte gegen das Personaltableau, was einer Zustimmung von „nur“ 76 Prozent entsprach.⁷⁶ Am 10. Juni wurde der Bürgermeister im Großen Festsaal des Rathauses, wohin die Bürgerschaft wegen der Coronakrise umgezogen war, mit allen 87 Stimmen der Koalition gewählt. Für die Bestätigung des Senats stimmten jedoch nur 83 Abgeordnete – vier weniger, als der Koalition angehören. Seine Regierungserklärung hielt *Tschentscher* am 24. Juni; sie enthielt keine neuen Impulse, die über den Koalitionsvertrag hinausgingen.⁷⁷

Die Opposition fasste trotz Coronakrise relativ schnell Tritt. CDU-Bürgermeisterkandidat *Weinberg* hatte den Einzug in die Bürgerschaft verpasst; für ihn war klar, dass er als Bundestagsabgeordneter in Berlin blieb. Mit der Arbeit des bisherigen Fraktionschefs *André Trepoll* war die Fraktion eigentlich zufrieden gewesen; sie verübte ihm aber, dass er nicht bereit gewesen war, als Bürgermeisterkandidat anzutreten. Wie *Dietrich Wersich* nach der Wahlniederlage 2015 wurde *Trepoll* ins Amt des Vizepräsidenten der Bürgerschaft befördert. Zu seinem Nachfolger als Chef der größten, wenn auch nur 15 Abgeordnete umfassenden Oppositionsfraktion wurde der ehrgeizige, erst 36-jährige *Dennis Thering* gewählt, der keine Scheu vor einer Bürgermeisterkandidatur zeigte. Die Wahl eines neuen Parteivor-sitzenden wurde aufgrund der Coronakrise in den Herbst verschoben. Der CDU-Bundes-

74 So *Elmar Wiesendahl*, „Den Grünen fehlt eine Siegtröphäe“, in: Hamburger Abendblatt vom 2. Juni 2020, S. 10.

75 Vgl. *Andreas Dey* / *Peter Ulrich Meyer* / *Jens Meyer-Wellmann*, Koalition steht, a.a.O. (Fn. 68).

76 Vgl. *Marc Hasse*, SPD und Grüne regieren weiter, aber..., in: Hamburger Abendblatt vom 8. Juni 2020, S. 10.

77 Vgl. *Peter Ulrich Meyer* / *Andreas Dey* / *Marc Hasse*, Der neue rot-grüne Senat im Amt, in: Hamburger Abendblatt vom 11. Juni 2020, S. 12; Senatskanzlei Hamburg, Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters Dr. Peter Tschentscher, Hamburg, 24. Juni 2020.

tagsabgeordnete *Christoph Ploß* wurde als aussichtsreicher Kandidat gehandelt.⁷⁸ Die beiden kleineren Fraktionen setzten demgegenüber auf Kontinuität: Die Linke einigte sich einstimmig darauf, für die Dauer der Coronakrise, „längstens aber sechs Monate“, die beiden Fraktionsvorsitzenden *Cansu Özdemir* und *Sabine Boeddinghaus* im Amt zu belassen.⁷⁹ Ebenfalls einstimmig, jedoch ohne coronabedingte Zeitbeschränkung wurden *Dirk Nockemann* und *Alexander Wolf* von der AfD in ihren Ämtern als Fraktionsvorsitzende bestätigt.⁸⁰ Die fraktionslose FDP-Abgeordnete *Anna von Treuenfels-Frowein* kämpfte derweil um mehr Redezeit- und Antragsrechte.⁸¹

Auch die Regierungsfractionen wählten ihre Führung neu, ließen sich damit aber etwas mehr Zeit als die Opposition. Die SPD entschied sich für Kontinuität und bestätigte mit 46 von 53 Stimmen *Dirk Kienscherf* im Amt. Bei den Grünen, in deren 33-köpfiger Fraktion 20 Neumitglieder vertreten sind, setzten sich *Jennifer Jasberg* und *Dominik Lorenzen* gegen *Mareike Engels* und *Michael Gwosdz* durch. Von den beiden neugewählten Fraktionsvorsitzenden wurde eine deutlich selbstbewusstere Positionierung gegenüber dem Senat erwartet als von ihren unterlegenen Konkurrenten.⁸²

5. Zusammenfassung

- (1) Die Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl war für die regierende rot-grüne Koalition überaus günstig. Die wirtschaftliche Situation wurde von den Hamburgern hervorragend bewertet. Mit der Arbeit des Senats und des Ersten Bürgermeisters, die sich auch objektiv sehen lassen konnte, waren die Hamburger mehrheitlich zufrieden. Die Umfrageergebnisse der SPD hatten zwar aufgrund ihrer schwach bewerteten Leistung im Bund nachgelassen, wurden jedoch durch das Umfragehoch des kleinen Koalitionspartners kompensiert. Die Grünen hatten zudem die SPD bei den Europa- und Bezirkswahlen im Mai 2019 als stärkste Partei überrundet. Zur Jahreswende 2019/20 erwarteten die Hamburger ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Bürgermeister *Tschentscher* und Herausforderin *Fegebank*, die offen ihren Anspruch auf das Bürgermeisteramt vertrat.
- (2) Der Wahlkampf wurde wie erwartet vom Zweikampf des Ersten Bürgermeisters mit seiner Stellvertreterin geprägt. *Fegebank* präsentierte sich als mutige Herausforderin, die leidenschaftlich für Klima- und Mobilitätswende eintrat, während der Bürgermeister als sympathischer und ausgleichender Landesvater ins Bild gerückt wurde, der „die ganze Stadt im Blick“ hatte. Als Garant „städtischer Grundfunktionen“ (Hafen, Flughafen,

78 Vgl. *Jens-Meyer-Wellmann*, Ende der Schonzeit: CDU greift an, in: Hamburger Abendblatt vom 4. Mai 2020, S. 12; *Peter Ulrich Meyer*, „Es ist Zeit, eine Koalition der Vernunft zu bilden“, in: Hamburger Abendblatt vom 25. Mai 2020, S. 10.

79 Linksfraktion Hamburg, Vorstandswahl: Linksfraktion setzt auf Erfahrung, Pressemitteilung vom 18. März 2020,

80 AfD-Fraktion Hamburg, AfD-Fraktion wählt Doppelspitze mit Nockemann und Wolf, Pressemitteilung vom 18. März 2020.

81 Vgl. *Peter Ulrich Meyer*, Fraktionslose Abgeordnete fordert mehr Rechte, in: Hamburger Abendblatt vom 9. Juni 2020, S. 13.

82 Vgl. *Andreas Dey*, Überraschung bei den Grünen, in: Hamburger Abendblatt vom 16. Juni 2020, S. 12.

Bau der A 26-Ost und Ausbau des ÖPNVs) machte *Tschentscher* sich für CDU- und FDP-Wähler attraktiv. Für die SPD-Klientel hatte er vor allem das soziale Wohnungsbauprogramm, den Ausbau der Kitas und der Ganztagschulen sowie das künftig kostenfreie HVV-Schülerticket im Angebot. Je intensiver die Themen diskutiert wurden und je näher der Wahltermin rückte, desto stärker konnte sich der Bürgermeister von seiner Herausforderin absetzen.

- (3) Der Vorsprung der SPD vor den Grünen am Wahlabend war dann trotzdem ein Paukenschlag. 39,2 Prozent für die SPD und 15 Punkte Vorsprung auf die Grünen waren für die Sozialdemokraten ein Traumergebnis. Dabei konnte leicht in Vergessenheit geraten, dass die Grünen mit einem Stimmenanteil von 24,2 Prozent – eine Verdoppelung gegenüber 2015 und ihr zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Deutschland überhaupt – die wahren Sieger dieser Wahl waren. Ihr Wahlziel, das Bürgermeisteramt zu erobern, hatten sie jedoch deutlich verfehlt.
- (4) Auch in Berlin gab es einen gefühlten Sieger dieser Bürgerschaftswahl: Vizekanzler *Olaf Scholz*, *Tschentschers* Vorgänger im Amt des Hamburger Bürgermeisters. Nach seiner Niederlage in der innerparteilichen Urwahl zum Parteivorsitzenden galt *Scholz* mit dem Erdrutschsieg der Hamburger rot-grünen Koalition, die er noch bis März 2018 regiert hatte, wieder als Favorit für die Kanzlerkandidatur der SPD bei der kommenden Bundestagswahl.
- (5) Eindeutige Verlierer der Wahl in Hamburg waren CDU, FDP und AfD. Vor allem bei der FDP und in geringem Ausmaß auch bei der CDU schlugen die turbulenten Ereignisse der Regierungsbildung in Thüringen, wo der FDP-Abgeordnete *Thomas Kemmerich* mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsident gewählt und von den Berliner Parteispitzen wieder zum Rücktritt gedrängt worden war, negativ zu Buche. Das katastrophale Ergebnis der Hamburger CDU hatte aber in erster Linie hausgemachte Ursachen, die im widersprüchlichen Wahlkampf der Partei begründet lagen. Für die Wahl der AfD wirkten sich die Ereignisse in Thüringen sogar eher positiv aus. Das schlechte AfD-Ergebnis war in erster Linie auf die in Hamburg erfolgreiche Ächtung und Stigmatisierung der Partei als rechtsextrem zurückzuführen.
- (6) Obwohl die SPD nach der Wahl auch mit der CDU hätte koalieren können, entschied sie sich für die Neuaufgabe des in Hamburg beliebten rot-grünen Bündnisses. Das erste Mal seit 1974 wurde damit eine amtierende Regierungskoalition wiedergewählt – und das auch noch mit einer Zweidrittelmehrheit der Mandate in der Bürgerschaft. Aufgrund der Coronakrise konnten die Koalitionsverhandlungen erst zwei Monate nach der Wahl beginnen. Bis zur Wahl des Bürgermeisters und der Bestätigung des Senats am 10. Juni 2020 vergingen somit 108 Tage.
- (7) Der Senat war auf SPD-Seite durch Kontinuität geprägt. Der Bürgermeister hielt mit Ausnahme der in den Ruhestand gehenden Gesundheitssenatorin alle Senatoren im Amt. Dies brachte ihm heftige Kritik ein, weil unter den acht Senatsmitgliedern der SPD nur zwei Frauen sind. Von den vier grünen Senatoren sind die Parteivorsitzende *Anna Gallina* (Justiz und Verbraucherschutz) und der Fraktionsvorsitzende *Anjes Tjarks* (Verkehr und Mobilitätswende) neu in der Regierung. Die Grünen sind im neuen Senat nicht nur personell unterrepräsentiert; sie mussten auch inhaltlich einige schmerzhaft Kompromisse schließen, die das Bündnis in der Zukunft belasten könnten – zumal aufgrund der Coronakrise und der nicht zu vermeidenden wirtschaftlichen Rezession in ihrem Gefolge alle neuen Projekte unter Finanzierungsvorbehalt stehen.